

## INFORMATIONEN

### IN MEMORIAM

#### Professor Dr. Wolfgang Wittwer

Am 03.03.88 verstarb Prof. Dr. Wolfgang Wittwer in Hannover. Wohl selten hat ein außerhalb der Asienforschung stehender Wissenschaftler einen so großen Einfluß auf die Entwicklung der gegenwartsbezogenen Südostasienforschung gehabt, wie Prof. Dr. Wolfgang Wittwer. Der in Kiel habilitierte Historiker trat Mitte der siebziger Jahre in die Stiftung Volkswagenwerk ein und übernahm dort als Referent den neugegründeten Förderungsschwerpunkt Südostasien.

In einer Zeit der Krise deutscher Universitäten die durch Stellenabbau, reduzierte Forschungsmittel und einem weltweiten Rückgang der Asienforschung gekennzeichnet war, wurde der von Professor Wittwer geleitete Forschungsschwerpunkt zu einem Motor des Aufbaus eines multi-disziplinären Forschungsgebietes, das mittlerweile, nicht zuletzt durch die Unterstützung der Stiftung Volkswagenwerk, zu einem leistungsstarken und international anerkannten Gebiet deutscher Forschung wurde.

Die Rolle Professor Wittwers ging dabei weit über die eines Referenten hinaus, der eingehende Anträge beantwortet und den entscheidenden Gremien vorlegt. Aus der Sicht der antragsstellenden Wissenschaftler war er der innovative Berater und als Kollege anerkannt. Wolfgang Wittwer konnte es sich leisten, höchste Standards der Forschungsplanung zu verlangen. In den Qualitätsanforderungen war er kompromißlos, in der Suche nach neuen Wegen der Forschungsorganisation äußerst flexibel. Durch mehrere anstrengende Reisen nach Südostasien konnte er sich ein eigenes Bild von den dort zum Teil schwierigen Forschungsbedingungen machen und gleichzeitig wichtige Bande mit den dortigen Forschungseinrichtungen knüpfen.

Neben der üblichen Förderung von Forschungsprojekten hat sich Professor Wittwer vor allem für drei Gebiete eingesetzt:

1. Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Unter seiner Beratung wurden zusätzlich zu den Promotionsstipendien der Stiftung mehrere Ausbildungsprogramme initiiert.
2. Die Direktförderung, bei der südostasiatische Institutionen direkt Anträge an die Stiftung stellen konnten und so jeder Verdacht einer kolonialen Bevormundung oder metropolitanen Forschungsausbeutung ausgeräumt wurde. Damit hat sich das Klima für die deutsche Südostasienforschung erheblich verbessert.
3. Die institutionelle Förderung deutscher Zentren der Südostasienforschung durch langfristige Forschungsmittel, sowie durch Stellen und Mittel für Kooperation mit südostasiatischen Universitäten.

In den wenigen Jahren seiner Tätigkeit wurde der Name der Stiftung

Volkswagenwerk in Südostasien bekannt. Ein "Volkswagen Fellow" zu sein, wurde schnell zu einem Qualitätsmerkmal, das fast schon den Charakter eines akademischen Grades angenommen hat und viele Türen öffnet. "Pak Wittwer", wie er in Indonesien genannt wurde, hat sich die Herzen vieler südostasiatischer Wissenschaftler erobert. "He is so sincere, we trust him" bekundete der Direktor eines Forschungsinstituts im Gespräch und drückte damit die Einschätzung vieler seiner Mitarbeiter aus. Die Kollegen in Südostasien und die Südostasienwissenschaftler werden sich seiner noch lange erinnern. Ohne Wolfgang Wittwer ist die Südostasienwissenschaft ärmer geworden.

Yogyakarta, den 30.03.1988

Professor Dr. Hans-Dieter Evers

Sprecher, Wiss. Beirat Südostasien der DGA

Leiter des Forschungsprogramms Südostasien, Universität Bielefeld

### Resumee der Studentenunruhen im Monat danach - Ein Gespräch mit dem Hochschulamt in Shanghai

Werner Handke

*Der Verfasser hatte anlässlich einer Einladung nach Shanghai im Sommer 1987 in einem längeren Gespräch im Hochschulamt der Stadt und durch Gespräche am Ort das durch die Medien vermittelte Bild der seinerzeitigen Studentenunruhen verifizieren und ergänzen können, soweit dies Shanghai betraf. Obwohl weder die historischen noch die ideologischen Wurzeln des Geschehens in Shanghai lagen, waren die Ereignisse dort wegen der vergleichsweise größeren Transparenz von außen und den Größenordnungen in diesem chinesischen Bildungszentrum überschaubarer und in den Vordergrund der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit geraten. Der 13. Parteitag in China hat die damaligen Vorgänge auch in der Perspektive der westlichen Beobachter zurechtgerückt. Dennoch ist vielleicht eine Rückschau frei von Hoffnungen oder Befürchtungen - je nach dem Standort des Betrachters - sicher nicht uninteressant.*

Die Unruhen begannen in Shanghai am 10. Dezember 1986 in den besonders angesehenen Universitäten Jaotong und Tongji mit Anschlag von Wandzeitungen, in denen mehr "Freiheit und Demokratie" gefordert wurde; beide Universitäten sind führende technische Hochschulen in China, erstere im Fahrzeug- und Maschinenbau, die Tongji-Universität im Bauwesen und in der Architektur. Diese Forderungen (nach Freiheit und Demokratie) waren zunächst ganz auf die innere Verfassung der Universitäten gerichtet, wie die Beteiligung der Studenten an den Maßnahmen der Erziehungsreform, Mitsprache in den Universitätsleitungen. Diese Forderungen wurden in Gesprächen mit den Universitätsleitungen

und in Studentenversammlungen mit den Rektoren grundsätzlich akzeptiert. Allgemeine Forderungen der Studenten nach "Freiheit und Demokratie" blieben weitgehend undefiniert. In zwei Punkten blieben die Universitätsleitungen fest: Wandzeitungen seien grundsätzlich verboten, die Auflösung der bestehenden Studentenvertretungen könne nicht von ihr verfügt werden; sie müsse in einem demokratischen Prozeß erfolgen.

Einem Teil der Studenten schien es nicht um den Dialog, sondern um die Demonstration an sich zu gehen, unter dem Schlagwort "Demokratie läßt sich nur durch Kampf gewinnen". Das Hochschulamt charakterisierte diese Bewegung einer Minderheit als "vom bürgerlichen Liberalismus beeinflußt zuzüglich schlechter Elemente". Am 19. Dezember 1986 gingen etwa 2.000 bis 3.000 Studenten vornehmlich der Jaotong- und der Tongji-Universität mit Mitläufern einiger anderer Hochschulen, so der der Tongji-Universität benachbarten Fudan-Universität (eine der drei angesehensten Allgemein-Universitäten in China) auf die Straße. Nach der Analyse des Hochschulamtes setzte sich die Demonstrationen 1. aus Studenten, die sich mit ziemlich vagen demokratischen Vorstellungen identifizierten, 2. aus Mitläufern "aus Spaß", und 3. aus besorgten Hochschulangehörigen zusammen, die die Demonstrationen in geordneten Bahnen zu halten bemüht waren. Zu den beiden ersten Kategorien gehörten hauptsächlich Studenten der ersten Semester von außerhalb Shanghais; Studenten aus Shanghai hätten sich unter dem Einfluß ihrer Familien meist zurückgehalten. Die Demonstration löste sich gegen 19.00 Uhr ohne ungewöhnliche Vorkommnisse auf. Ein harter Kern von 200 bis 300 Studenten, umgeben von der in Shanghai immer großen Zuschauermenge, zog jedoch weiter zum Stadthaus, und verlangte, von der Stadtregierung empfangen zu werden. Oberbürgermeister Jian Zemin empfing eine Studentendelegation und führte ein längeres Gespräch mit ihr. Danach zog, mittlerweile nach Mitternacht, das Gros der Studenten in die Universitäten zurück. Eine kleine Gruppe verharrte weiter in der Innenstadt, und wurde um 4.00 Uhr in der Frühe von der Polizei aufgefordert, die Straße wegen des einsetzenden Berufsverkehrs zu räumen; ohne größere Konflikte wurden Studenten und Zuschauer von der Fahrbahn auf die Bürgersteige gedrängt.

Gerüchte wegen - unbestätigter - polizeilicher Übergriffe ließen die Unruhen am 20. und 21. Dezember eskalieren. Neuerlichen Demonstrationen schloßen sich unzufriedene Elemente außerhalb der Universitätsbereiche an; Autos wurden umgestürzt, Frauen belästigt. Daraufhin wurden zwei Arbeiter in Haft genommen. Die Studenten lehnten auch in diesem Stadium Gewalt ab, die Shanghaier Bevölkerung ohnehin die Demonstrationen überhaupt. Sie wurde von den Verkehrsstaus unter den ohnehin schwierigen Verhältnissen im Stadtverkehr unmittelbar schwer betroffen. Die Universitätsleitungen versuchten mit Bussen, ihre Studenten in der Stadt aufzusammeln und die Diskussionen zurück auf den Campus zu verlegen. Die Universitätskantinen wurden auf Anordnung der Universitätsleitungen bis weit in die Nacht fürsorglich offen gehalten.

ten: Essen spielt nun einmal in China eine besondere Rolle.

Das Ende der Unruhen wurde nicht durch obrigkeitliche Gewalt, sondern durch die entschiedene Klarstellung der Zentralregierung in Peking und die von dort getroffenen Maßnahmen (Demonstrationsgesetz, personelle Veränderungen) erreicht. Offenbar glaubten viele der Studenten sie befänden sich mit ihrer Demonstration im Strom der Regierungspolitik.

Ende Dezember 1986 hatte sich die Situation beruhigt. Der Ablauf der Semesterexamina wurde nicht berührt. Der Universitätsbetrieb läuft seitdem ungestört ab; davon konnte sich in der Tongji-Universität eine große Zahl deutscher und ausländischer Besucher im Mai 1987 anlässlich des 80jährigen Jubiläums der Universität überzeugen. Im Februar 1987 haben Neuwahlen zu den Kreisparlamenten stattgefunden; dabei seien in den Wahlbezirken bis zu drei von unten vorgeschlagenen Kandidaten aufgestellt worden. Die großen Universitäten wie Jaotung, Tongji oder Fudan bilden jeweils für sich einen Wahlbezirk. Diese direkte Beziehung zwischen Universität und Staatsorganisation läßt vielleicht besser das unmittelbare Interesse der Studenten an Demokratie, auch über den Universitätsbereich hinaus, verstehen. Die Abgeordneten der Kreisparlamente sind die einzigen Volksvertreter, die direkt gewählt werden; die Kreiskongresse wählen ihrerseits die Abgeordneten für den Städtischen Volkskongreß, diese dann die Vertreter für den Nationalen Volkskongreß in Peking.

Es wird berichtet, daß die Demonstanten weder unmittelbar noch mittelbar Nachteile erlitten; kein Student sei bestraft worden, keiner werde im Studiengang benachteiligt. Allerdings sei die politische Erziehung durch wöchentlichen Unterricht an den Samstagen intensiviert worden. Auch ließ sich nicht ausschließen, daß die als solche bekannten Unruhestifter nach dem Universitätsabschluß von den Betrieben kritischer betrachtet würden.

Die Bewertung der Vorgänge durch das Hochschulamt ist etwas ambivalent. Das Ganze sei "nicht so schlimm" gewesen wie es, vor allem im Ausland, hingestellt worden sei; dennoch würden die Demonstrationen sehr ernst genommen. Dies wird auch durch die Konsequenzen bestätigt, die von der Zentralregierung gezogen wurden. Auf die Frage, warum in Shanghai gerade die Jaotung- und die Tongji-Universität Zentren der Demonstrationen waren, wurde erwidert, daß diese, insbesondere die Jaotung-Universität, eine starke revolutionäre Tradition aufwiesen. Diese wird in China gepflegt und hervorgehoben; sie ist ein Element des Stolzes der betreffenden Universität. Das Peinliche an den Ereignissen war, daß ein Staat, der das Image der Revolution nach außen und innen pflegt, sich plötzlich im eigenen Land auf der Seite der Repression wiederfindet. Deswegen sind die Maßnahmen auch nicht gegen die revolutionäre Bewegung an sich, sondern darauf gerichtet, sie in die Bahnen der gegenwärtigen politischen Prioritäten zu lenken. Sicher, "Demokratie" hat in China einen anderen Begriffsinhalt als wir darunter verstehen; sie

gilt aber auch in China als ein legitimes Anliegen. Daß "Revolution", unabhängig von ihren Zielen, an und für sich in China positiv gesehen wird, erklärt auch die Vorsicht, ja Unsicherheit, mit der in Shanghai den Demonstranten begegnet worden war. Als dann "die Linie" aus Peking fixiert und erklärt wurde, waren die Unruhen und die sie tragende Bewegung (wenn sich - jedenfalls in Shanghai - überhaupt von einer solchen sprechen läßt) schnell beendet.

### **15 Jahre Japan Foundation**

Die Japan Foundation, gegründet 1972 in Japan als öffentliche Einrichtung mit der Zielsetzung, den kulturellen Austausch zwischen Japan und dem Ausland zu fördern, feierte 1987 ihr 15jähriges Bestehen.

### **Japan intensiv: Sprache, Wirtschaft, Landeskunde für Mitarbeiter europäischer Unternehmen unterstützt durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften**

"Japan intensiv" wird vom ASIEN-PAZIFIK Institut für Management, Hamburg, in Zusammenarbeit mit der Handelskammer Hamburg, dem Ostasiatischen Verein e.V., Hamburg, dem Institut für Asienkunde, Hamburg, dem Seminar für Sprache und Kultur Japans der Universität Hamburg sowie dem Haus Rissen, Internationales Institut für Politik und Wirtschaft, Hamburg vom 17.7. bis 9.9.1988 in Hamburg veranstaltet.

Anfragen bezüglich Programm sowie Kurs- und Unterbringungsgebühren sind zu richten an: ASIEN-PAZIFIK Institut für Management, Wendenstr. 35 c, 2000 Hamburg 1 (Tel. 040-23703232) oder an die Handelskammer Hamburg, Hauptabteilung Außenwirtschaft, Börse, 2000 Hamburg 11 (Tel. 040-36138291).